

Der Palast der Republik. Baugeschichte und Nutzung in der DDR und Umnutzungsdiskurse seit 1990 zwischen Bewahrung und Zerstörung

Verfasserin: Kati Woicke (TU Berlin; Geschichte, Betreuer: Professor Heinz Reif)

Seit knapp drei Jahrzehnten erhitzen sich die Gemüter an der Existenz des Palastes der Republik. In der ersten Hälfte nicht nur von Berlin-Besuchern belächelt von nicht minder vielen jedoch gepriesen und geliebt, verlangten die einen in der zweiten Hälfte - nach dessen Schließung unmittelbar nach dem Fall der Mauer - seinen sofortigen Abriss, während die anderen dessen Erhalt und Wiedereröffnung forderten. Kaum ein europäisches Gebäude sorgte in den vergangenen Jahren so kontinuierlich für verbalen und emotionalen Zündstoff. Auch ist kein anderes Gebäude aus der DDR zu einem solchen Politikum geworden, was u.a. dazu führte, dass sein Abriss immer und immer wieder verschoben wurde. Das ist Anlass genug, sich etwas näher mit „Erichs Lampenladen“ zu beschäftigen...

Schon vor der Gründung der DDR hatte es Debatten darüber gegeben, wie das Berliner Stadtgebiet aussehen könnte. Der damalige Wiederaufbauplan für Groß-Berlin sah die Erhaltung von historisch wertvollen Statteilen sowie die Auslagerung von Regierungsfunktionen aus der Stadtmitte vor. Nach der Gründung der zwei deutschen Staaten waren jedoch diese Richtlinien für ein einheitliches Stadtzentrum überholt, so dass auf dem III. Parteitag der SED 1950 eine städtebauliche Neuordnung beschlossen wurde, die eine Hauptmagistrale, einen zentralen Platz und ein zentrales Gebäude vorsah. Letzteres war zunächst als Hochhaus geplant und richtete sich in seiner Planung streng nach Moskauer Vorbildern, der 1953 errichteten Lomonossow-Universität und dem 1945 gebauten Sowjetpalast. Aber durch den gleichzeitigen Aufbau der Stalinallee, der sowohl alle politischen als auch materielle Aufmerksamkeit erforderte, war eine Realisierung dessen faktisch nicht möglich.

Erst aufgrund von politischen Veränderungen inner- und außerhalb der DDR erneuerte man den Wunsch Anfang der 70er Jahre, ein „Mehrzweckgebäude“ zu errichten. So verkündete Erich Honecker Ende 1972, das seit über 20 Jahren geplante „Zentrale Gebäude“ bauen zu wollen, das mit dem Beschluss vom Politbüro im März 1973 als „Palast der Republik“ bezeichnet wurde und für das sofort sowohl dessen Baubeginn im August 1973 – dem Abschluss der X. Welfestspiele der Jugend und Studenten – als auch dessen Fertigstellung im I. Quartal 1976 vorgegeben wurden. Beschlossen, verkündet, ausgeführt: in knapp 1000 Tagen war das Gebäude konzipiert, gebaut und eingerichtet worden, so dass am 23. April 1976 die offizielle Eröffnungsfeier stattfinden konnte, an der 3800 geladene Gäste teilnahmen.

Während seiner 14jährigen Öffnung galt der Palast als ein für seine Zeit hochmodernes Gebäude. Der „Palazzo Prozzo“ war ein öffentlicher, multifunktionaler Kulturpalast mit Gastronomie- und Dienstleistungseinrichtungen, ein staatliches und gesellschaftliches Tagungs- und Kongresszentrum sowie der Sitz und Tagungsort der Volkskammer. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung hatten die politischen Veranstaltungen einen vergleichsweise geringen Umfang, denn rund 97 Prozent aller Veranstaltungen waren kultureller Natur.

Schon im Mai 1990 begann das lange Sterben des Gebäudes, indem die erste frei gewählte Regierung der DDR unter Lothar de Maiziere das Ingenieurbüro ATD Tepasse beauftragte, ein Gutachten zur Asbestbelastung im Palast der Republik zu erstellen.

Asbest, ein fasrig-biegsames Silikat, war nach dem verheerenden Brand in der Berliner U-Bahn als zwar problematisches aber einzig wirksames Schutzmittel gegen mögliche Verformungen und das Durchglühen der Stahlträger im Falle großer Hitze beim Bau des Gebäudes verwandt worden, wie zum Beispiel auch im zwischen 1975 und 1979 errichteten Westberliner ICC. Es war schon damals bekannt, dass die mikroskopisch kleinen Asbestnadeln Lungenkrebs verursachen konnten. Deshalb wurde der versiegelte Spritzasbest in allen, der Öffentlichkeit zugänglichen Räumen, mit Marmorplatten abgedeckt, so dass keine Fasern entweichen konnten.

Dennoch rieten dieses und ein weiteres Gutachten zu einer sofortigen Schließung, die auf Anordnung der Bezirkshygieneinspektion Berlin und des Ministerrates der DDR auch am 19. September 1990 erfolgte. Dass Asbest daran nur eine Teilschuld hatte, lassen spätere Gegengutachten vermuten, wie das der Ingenieurgesellschaft ABB, die zu dem Ergebnis kamen, dass der Zustand des Spritzasbestes im Palast zumeist als „überdurchschnittlich gut“ bewertet werden kann, während ATD Tepasse von einer unzulässigen Menge abgelöster Asbestfasern sprach.

Seitdem beschloss das Berliner Parlament nahezu jährlich einmal dessen Abriss, immer wieder unterbrochen von Umnutzungsdiskursen. So sprach sich zum Beispiel 1992 Eberhard Diepgen in seiner Funktion als Vorsitzender des Senatausschusses „Berlin 2000“ im Hinblick auf die Reduzierung der Kosten und unter Berücksichtigung des Wunsches vieler Ostberliner, den Palast zu erhalten, gegen eine vollständige Beseitigung des Palastes aus. Vielmehr sollte das Gebäude nun durch einen Erweiterungsbau auf dem Grundriss des alten Berliner Schlosses ergänzt werden.

Andere hingegen befürworteten weiterhin den Abriss, um ungehindert das Hohenzollernschloss bzw. aus Kostengründen zumindest dessen barocke Fassade wieder am alten Standort errichten zu können. Einer der bekanntesten Vertreter dieses städtebaulichen Gedankens wurde der Hamburger Kaufmann Wilhelm von Boddin, Initiator vom „Förderverein Berliner Stadtschloss e.V.“. Mit dieser Intention wurde im Juli 1993 die

Ausstellung „Das Schloss?“ auf dem Marx-Engels-Platz eröffnet. Das Besondere daran war, dass die Ausstellung im Inneren einer im Maßstab 1:1 von Goerd Peschken und Frank Augustin konzipierten Schlossattrappe untergebracht war.

Inzwischen ist der Asbest aus dem Gebäude vollständig entfernt. Dennoch beschloss der Bundestag am 4. Juli 2002, dass der Palast einer Rekonstruktion des Berliner Schlosses weichen solle. Geplant ist nun, das Berliner Schloss mit seinen drei Barockfassaden und dem Schlüterhof wieder zu errichten. Zudem soll sich die „Synthese“ von Neu und Alt im Inneren des Baus fortsetzen. Es ist vorgesehen, das Schloss zu einem Ort der Begegnung zu machen und diesen – zu Ehren der Gelehrten – als „Humboldt-Forum“ zu bezeichnen. Neben der Zentral- und Landesbibliothek Berlin soll das Ethnologische Museum der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ein Hauptnutzer werden. Es soll im Schloss seine umfassende, abgeschlossene Sammlung der außereuropäischen Kunst präsentieren und damit im Kontrast zu den europäischen Kunstsammlungen auf der Museumsinsel stehen.

Am 13. November 2003 stimmte der Bundestag erneut über die Zukunft des Palastes ab und sprach sich mit großer Mehrheit dafür aus, mit dem Abriss im Frühjahr 2005 zu beginnen und das Gebäude durch einen Park zu ersetzen, bis die oben genannten Pläne aus Kostengründen ermöglicht werden können.